

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l
der 50. Sitzung des Bundesrates vom 7. Juli 1964

Vorsitz: Hr. Bundespräsident von Moos
Abwesend: Hr. Chaudet (dienstlich)
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: Die Protokolle der 28., 29., 30., 31.,
 32. und 33. Sitzung werden genehmigt.
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 35

Schriftliche Anträge

Politisches Département

Veröffentlichung des Manuskriptes von Prof. Bonjour

Herr Tschudi stimmt dem Antrag zu. Anlässlich der Revision des Reglementes des Bundesarchivs sollte man dann auch Bundesarchivar Dr. Haas zusammen mit einer Anzahl von Historikern die Publikation der Geschichte des Generalstreiks gestatten. Bis dieses Werk erscheinen könne, werde die Sperrfrist von 50 Jahren abgelaufen sein. Herr Tschudi gibt ferner Kenntnis von Einwänden, die der Bundesarchivar gegenüber dem Antrag des EPD erhebt. Dieser bemerke in seiner Notiz, dass Professor Bonjour eine Studie veröffentliche, die er nur auf Grund des erteilten offiziellen Auftrages, der ihm Zugang zu ^{forschert} andern nicht zugänglichen Akten verschafft hätte, habe erarbeiten können. Damit werde der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Archivbenützer verletzt. Ein öffentlicher Auftrag werde ausgenützt für private Zwecke, verbunden mit finanziellen Vorteilen. Der Sprechende möchte dem Rat von diesen Bedenken Kenntnis geben ohne ihnen viel Gewicht beizumessen.

Herr Schaffner beglückwünscht das EPD zur gefundenen Lösung. Es hätte einem gestört, wenn Herr Bonjour die Fortsetzung seiner Geschichte der Schweizerischen Neutralität nicht hätte publizieren dürfen. Man könne Prof. Bonjour nicht den Vorwurf machen, dass er für sich dabei einen finanziellen Vorteil heraushole. Herr Bonjour habe hier etwas erfüllt, das er als seine Mission betrachte, eine Mission, die fast stärker sei als er selbst. Der Sprechende sei erstaunt über die Bemerkungen des Herrn Bundesarchivars. Viel weniger wäre es zu verstehen, wenn der Betreuer des Bundesarchivs für sich in Anspruch nehme, für seine eigene Arbeit die Akten vor dem Ablauf von 50 Jahren benützen zu wollen und sich so gegenüber allen andern ein Privileg zu verschaffen.

Herr Bonvin findet, dass man bei der Beurteilung des Wunsches von Dr. Haas berücksichtigen müsse, dass nach der modernen Auffassung der Archivar nicht nur der sei, der Dokumente aufzubewahren habe, sondern auch der, der aus ihnen Wissen und Leben herausholt oder sie für solche Zwecke zur Verfügung stellt. Man müsse froh sein,

dass jemand diese Probleme studiere. Man dürfe deshalb auch das Hindernis der Frist nicht allzu starr anwenden. Den Bericht Bonjour, den er erst vor kurzem erhalten habe, habe er nur überfliegen können. Er habe davon einen guten Eindruck erhalten und stimme dem Antrage des EPD zu.

Herr Spühler konnte nur den ersten Teil des Berichtes lesen. Die Einwände gegen jene Fassung seien berücksichtigt. Der Eindruck sei ihm geblieben, dass es sich nur um eine Geschichte der diplomatischen Vorgänge handle und nicht um eine Geschichtsschreibung, die ein Bild der wirkenden Kräfte gebe. Die Einwände von Dr. Haas hätten ihm einen gewissen Eindruck gemacht. Andere Wissenschaftler hätten die Möglichkeiten von Herrn Prof. Bonjour nicht gehabt. Die Tatsache, dass er Zugang zu den Quellen gehabt habe, sei ausgenützt worden, um auch sich zu versorgen.

Der Herr Bundespräsident hält dafür, dass mit dem heutigen Beschluss der Beschluss vom 6. Juli 1962 nicht erledigt sei. Es handle sich nur um eine Ergänzung dieses Beschlusses. Der Auftrag habe gelautet, die Neutralitätspolitik des Bundesrates bis 1945 darzustellen.

Was den Antrag betreffe, sei er etwas geteilter Meinung, mache aber keine Opposition. Man gehe jetzt einen Mittelweg, der dazu führen werde, dass bald der Ruf ergehen werde, auch das zu publizieren, was nach 1930 geschehen sei. Man habe seinerzeit den Eindruck gehabt, dass hier ein "Anti-Kimche" entstehen solle. Deshalb werde nach kurzer Zeit die Forderung kommen auch das zu publizieren, was während des letzten Weltkrieges passiert sei. Der Beschluss sei gut, werde es uns aber nicht ersparen, dass wir wieder unter Beschuss kommen. Der Sprechende würde es nicht für richtig halten, wenn der Bundesrat einen amtlichen Bericht herausgeben würde. Für den Bericht und dessen Herausgabe müsse der Verfasser die Verantwortung tragen.

Zum Vorhaben des Bundesarchivars sollte man nicht heute Stellung nehmen.

Zusammenfassend sei festzustellen, dass es sich nicht um eine Lösung handle, an der man auf die Dauer werde festhalten können, und dass es sich nicht um den Vollzug des Bundesratsbeschlusses von 1962 handle.

Herr Wahlen erklärt, der Auftrag an Prof. Bonjour sei dahingegangen, die Neutralitätspolitik des Bundesrates von 1939 bis 1945 darzustellen. Anstoss dazu habe das Buch von Kimche gegeben, doch Herr Wahlen hätte schon früher die Meinung gehabt, dass eine solche Arbeit einmal gemacht werden sollte. Herr Bonjour habe aus Gelehrtenergeiz seinen Auftrag ausgedehnt. Nach einem Jahre habe er dem Sprechenden zwei Bände der früheren Neutralitätsgeschichte überreicht. Herr Wahlen hätte damals gedacht, dass dieser Bericht für das Archiv bestimmt sei. Er habe ihm wegen der Ueberschreitung des Auftrages keine Vorwürfe gemacht, sondern habe es begrüsst, dass damit die Kontinuität zu der bisherigen Abhandlung des Verfassers über unsere Neutralität gesichert worden sei.

Was den Abschluss des zu veröffentlichenden Berichtes betreffe, habe er zuerst an 1928 gedacht. Nachdem aber dank der damaligen Politik der offenen Türe des Völkerbundes was damals gesprochen und geschrieben wurde, allgemein bekannt gewesen sei und der Nationalsozialismus 1930 noch kein aussenpolitischer Faktum gewesen sei, habe er die Frist bis 1930 erstreckt.

Die Kommission, die eingesetzt worden sei, um die Frage der Freigabe der Akten zu prüfen, sei zur Ansicht gelangt, es sei grundsätzlich an der Sperrfrist von 50 Jahren festzuhalten, aber dort, wo es sich rechtfertigen lasse, seien Ausnahmen zu gestatten. Der Presse werde man in einem Zeitpunkt, den man als opportun erachte, erklären, warum man diese ausnahmsweise Bewilligung zur Publikation erteilt habe. Herr Bonjour habe sich eine derartige Achtung verschafft mit seiner bisherigen Arbeit, dass man ihm diese Fortsetzung erlauben dürfe. Er glaube, dass die Oeffentlichkeit das begreifen werde.

Der Generalstreik komme sehr nahe an die 50-Jahresgrenze der Sperrfrist heran. Die Erlaubnis könne daher erteilt werden, doch möchte er über die Befürchtung von Herrn Schaffner im Hinblick auf den publizierenden Archivar noch nachdenken können.

Herr Bonjour arbeite jetzt am erteilten Auftrag weiter.

Der Herr Bundespräsident präzisiert, dass somit der Beschluss von 1962 nicht ausgeführt sei. Der erteilte Auftrag laufe weiter und Herr Bonjour arbeite noch daran. Wenn Herr Bonjour seinen Bericht auf Grund dieses Auftrages erstatte, werde der Bundesrat wieder beschliessen müssen, was damit geschehen solle.

Herr Wahlen glaubt nicht, dass der Bericht, soweit er die Zeit nach 1930 behandeln werde, publiziert werden könnte,
- wegen der Sperrfrist.

Herr Tschudi stellt fest, dass Herr Dr. Haas auch Historiker sei und dass man es ihm nicht verwehren könne, seine Arbeiten zu publizieren.

Herr Wahlen klärt noch ein Missverständnis von Herrn Spühler auf. Es komme gar nicht in Frage, dass Herr Bonjour etwas publiziere aus der Zeit nach 1930, wovon er durch die Ausführung seines Auftrages Kenntnis erhalten habe.

Herr Schaffner hält dafür, dass der Bundesrat frei sein werde, zu entscheiden, was er mit dem Manuskript machen wolle, das ihm Herr Bonjour über die Zeit des 2. Weltkrieges aushändigen werde. Eventuell käme hier ein amtlicher Bericht in Frage. Die Darstellungsweise des Herrn Bonjour habe den Vorteil der monumentalen Glätte. Er gehe nicht in die Einzelheiten, sodass uns seine Art der Darstellung am wenigsten Ungelegenheiten bereiten werde. Was die Gefahr einer Publikation durch Herrn Bonjour betreffe, so verfüge er natürlich jetzt über Kenntnisse, die es ihm an sich erlauben würde, die Geschichte der Zeit von 1939 - 1945 zu schreiben ohne sich direkt auf die Urkunden zu berufen.

Herr Bonvin ist der Auffassung, dass Herr Bonjour zu verpflichten wäre, auch auf diese indirekte Veröffentlichung zu verzichten und die Sperrfrist zu beachten. Was die Publikationen unserer Mitarbeiter betreffe, handle es sich um eine sehr begrüssenswerte Betätigung.

Departement des InnernStrassentunnel durch den Gotthard

Von Herrn Spühler ist ein Ergänzungsantrag zum Antrag des EDI eingegangen, sowie der Entwurf für eine Neufassung des Communiqués. Herr Schaffner legt ebenfalls einen Text vor für eine Aenderung des Communiqués.

Herr Schaffner stellt fest, dass es sich bei einem grossen Teil des Communiqués um ein eigentliches "Plädoyer" für das Strassentunnel handle. Sein neuer Text bezwecke diese Ausführungen auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren. Auch der Eindruck, auf 10 Millionen mehr oder weniger komme es nicht an, dürfe im Hinblick auf die Konjunkturpolitik des Bundesrates nicht erweckt werden.

Der Herr Bundespräsident wünscht, dass zuerst der Beschlussentwurf behandelt werde.

Herr Spühler begründet seinen Ergänzungsantrag. In der Fassung des EDI komme das Ergebnis der Diskussion der letzten Sitzung nicht genügend zum Ausdruck. Es sei nötig, unter Ziffer 2 die Variante der rollenden Strasse zu erwähnen. Zudem sollte ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass auch die Kosten und die Verkehrskapazität abzuklären und zu berücksichtigen seien. Ziffer 4 würde er streichen, weil diese Hinweise psychologisch gefährlich seien. Man solle nicht den Eindruck erwecken, dass man nur den Gotthard Basistunnel studieren wolle. Dies würde im Widerspruch stehen zu den Erklärungen des Vorstehers des VED vor den eidgenössischen Räten. Zum Problem der Finanzierung gehöre auch die Gebührenfrage.

Herr Tschudi erklärt sich damit einverstanden die Ziffer 4 zu streichen, hält aber im übrigen an seinem Antrag fest, der durchaus den Beschlüssen des Bundesrates von der letzten Sitzung entspreche. Dass man nötigenfalls umstellen wolle, stehe sehr deutlich in Ziffer 3 des Antrages. Man sollte das nicht durch einen Zusatz wieder verwischen.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass er im Hinblick auf die Abwesenheit von Herrn Chaudet auf einen Kompromiss hinzielen möchte.

Herr Bonvin erklärt, man müsse anerkennen, dass die Herren Ruckli, Stahel und Ackeret die Frage der Lüftung von Strassentunnels sehr gründlich studiert haben. Auch international würden diese Arbeiten als Idee einer avant-garde zitiert und anerkannt. Man habe auf internationalem Boden auf Grund dieser Gutachten grosse Fortschritte im Bau von Strassentunnel erzielt. Daraus lasse sich das "Plädoyer" im Communiqué etwas erklären. Der Sprechende glaube nicht, dass man heute Mühe haben sollte, zu einer Einigkeit zu gelangen. Alle seien dafür, dass man ins Nationalstrassennetz ein Tunnel f. Automobile aufnimmt auf der Basis Göschenen - Airolo. Das sei das Entscheidende. Ein Unterschied ergebe sich nur im Hinblick auf das Traktionsmittel. Wenn man gewisse Risiken in Kauf nehme, dann könne man versuchen, die autonome Traktion vorzusehen, müsse aber einen

Vorbehalt machen wegen der Sicherheit. Es sei deshalb nötig, beide Fassungen (reiner Strassentunnel und rollende Strasse) nebeneinander zu studieren. Dieser Vergleich müsse gemacht werden, noch bevor man an den Bau des Tunnels schreiten könne. Das Problem sei somit gelöst, soweit es sich um die psychologischen und politischen Momente handelt. In technischer Beziehung sei noch ein näheres Studium nötig. Somit könne man den Entschcheid heute fassen.

Herr Spühler erklärt, er sei davon unangenehm berührt, dass man sich nicht bereit zeige die Abklärungen vorzunehmen, die ein Teil des Bundesrates als wünschenswert erachte. Wenn das EDI zu diesen Abklärungen nicht bereit sei, so werde Herr Spühler veranlassen, dass die Abklärungen vom VED gemacht würden.

Der Herr Bundespräsident schlägt im Sinne eines Kompromisses vor, in Ziffer 2 des Ergänzungsantrages den Mittelsatz zu streichen, da es sowieso nötig sein werde, solche Abklärungen zu treffen, wenn man die Variante eines als rollende Strasse betriebenen neuen Tunnels in der Botschaft darstellen wolle.

Herr Spühler erklärt, es gehe ihm nur darum, dass die technische Abklärung wirklich erfolge.

Herr Schaffner macht den weitem Vermittlungsvorschlag zu sagen: "eines als rollende Strasse betriebenen neuen Tunnels Göschenen - Airolo und seine Kapazität darzustellen".

Herr Spühler erklärt sich mit dieser Lösung einverstanden und Herr Tschudi stimmt ebenfalls zu.

Herr Spühler erklärt, er verzichte auch auf den Schlusssatz von Ziffer 3 seines Ergänzungsantrages.

Was die Streichung von Ziffer 4 betrifft, hätte es Herr Bonvin vorgezogen, wenn man hier die verschiedenen Varianten erwähnt hätte.

Der Rat beschliesst aber, die Ziffer 4 zu streichen. Damit ist der Antrag des EDI behandelt.

Was das Communiqué betrifft, bemerkt Herr Spühler, dass er diesen Vorschlag zugunsten des Antrages Schaffner zurückziehe. Sein Text habe das "Plädoyer" für den Strassentunnel etwas vereinfacht und gekürzt, doch bringe der Antrag Schaffner eine noch knappere Lösung.

Herr Tschudi erklärt, dass er gar nicht an diesem "Plädoyer" hange. Er würde aber die Worte "im Prinzip" im ersten Satz des Ergänzungsantrages Schaffner streichen. Sonst könne er dem Vorschlag von Herrn Schaffner zustimmen. Er frage sich aber, ob man nicht auf Seite 5 den Hinweis, dass der Zeitpunkt des Baubeginns von der Finanzierungsmöglichkeit und der konjunkturpolitischen Lage abhängen, streichen sollte, obwohl er diesen Text gebilligt habe. Die Kreise des Strassenverkehrs würden diese Bemerkung für eine weitere starke Einschränkung auffassen.

Herr Schaffner möchte diesen Satz stehen lassen. Es sei vorsichtiger, weil man nicht wisse, wie man mit dem Wohnungsbau stehe.

Beschluss: "im Prinzip" wird gestrichen. Der Satz betreffend Kon-

junkturpolitik und Finanzierung bleibt stehen in der Fassung des EDI.

Militärdepartement

Kampfflugzeuge Mirage, Zusatzkredit, Postulat Bärlocher

Herr Schaffner wünscht, dass man das Geschäft zurückstellt, bis Herr Chaudet noch gewisse Erläuterungen dazu geben kann.

Herr Bonvin möchte ebenfalls noch verschiedene Fragen an Herrn Chaudet stellen. Er stellt fest, dass Herr Primault in seinen Reden erkläre, dass man den Apparat brauche, was immer er koste. Mit dieser Mentalität könne man nicht weiter operieren. Auch die KTA gebe keine Auskunft, wie man bremsen könne.

Der Herr Bundespräsident erklärt, er hege die Befürchtung, dass Herr Chaudet, der heute vor der Kommission stehe, sich im Sinne des Antrages engagieren könnte. Er sei erschrocken gewesen über die ausserordentlich negative Haltung der KTA und wäre froh, wenn man das Geschäft verschieben könnte.

Herr Wahlen erkundigt sich, ob der Herr Bundespräsident mit Herrn Furgler habe sprechen können und erhält die Antwort, dass sich Herr Furgler mit der Auffassung des Bundesrates einverstanden erklärt habe und bereit gewesen sei zu verhindern, dass von der Kommission eine Einsichtnahme in die Verhandlungsprotokolle des Bundesrates verlangt werde.

Herr Spühler bemerkt, dass Herr Chaudet mit bezug auf den Bericht der KTA erklärt habe, er werde in der Kommission mitteilen, dass der Bundesrat davon noch keine Kenntnis genommen habe.

Beschluss: Die Behandlung des Antrages wird zurückgestellt. Der Herr Bundeskanzler wird beauftragt, Herrn Chaudet sofort davon zu benachrichtigen.

U m f r a g e

Hr. T s c h u d i

Eingabe des Schweiz. Inserenten-Verbandes betreffend Wiedererwägung des Beschlusses über das Reklamefernsehen

Herr Tschudi hat, wie alle übrigen Mitglieder des Bundesrates, eine solche Eingabe erhalten.

Der Ton dieser Eingabe verdient eine scharfe Antwort, wie letztlich das Schreiben der Jugend Organisation "opposition/lebendige demokratische Monatsschrift für Politik und Kultur, Zürich".

Herr Spühler übernimmt es, die Zuschrift zu beantworten. Er stellt fest, dass einer der Mitunterschiedenen, Dr. Lutz, Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft für Werbefernsehen sei.

Ferienabwesenheit

Herr Tschudi meldet sich in die Ferien ab.

Hr. W a h l e nAbschiedsessen für den Botschafter der arabischen Republik, El-Dib

Das Essen wird auf den 10. Juli festgesetzt. Es werden daran teilnehmen: Der Herr Bundespräsident und die Herren Wahlen und Oser.

Programm des Besuches des österreichischen Bundeskanzlers

Herr Wahlen bemerkt mit bezug auf die Arbeitssitzung, dass man in der Frage der Integration bei aller Verbindlichkeit etwas deutlich werden müsse. Er hoffe, dass man das verstehen werde. Oesterreich sei heute neutralitätspolitisch wichtiger als die Schweiz, weil es im Schussfeld stehe. Es könne aber nicht recht glaubhaft machen, dass es im Stande sein werde, seine Neutralität zu verteidigen. Es habe hier in Brüssel eine zweifelhafte Haltung eingenommen (aufgezwungene Neutralität oder freiwillig übernommene Neutralität). Herr Wahlen wolle diesen Punkt aufgreifen. Taktisch schlage er vor, die Oesterreicher zu erst reden zu lassen, weil sie ihren Standpunkt zuerst gewechselt hätten. Man sehe dann auch besser, wie man sie behandeln solle.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass laut Radio, Bundeskanzler Klaus beabsichtige, den österreichischen Standpunkt darzustellen. Der Sprechende stellt fest, dass nach der Londoner-Erklärung gewisse moralische Verpflichtungen bestünden, die offenbar von Oesterreich nicht ganz eingehalten werden.

Herr Spühler glaubt, dass es sicher richtig sei, dass man keinen Zweifel über unsere Auffassung aufkommen lasse, dass es nicht möglich sei, gleichzeitig auf zwei Sätteln zu reiten.

Wie Herr Wahlen mitteilt, habe er vernommen, dass Herr Klaus beabsichtige auch eine politische tour d'horizon zu machen und die Frage der Konjunkturdämpfung zur Sprache zu bringen. Das werde aber zeitlich nicht gehen.

Herr Bonvin möge die Gelegenheit benutzen, um anlässlich der Reise zur EXPO darüber zu sprechen.

Herr Schaffner stimmt der Linie, wie sie Herr Wahlen gezeichnet hat, zu. Man müsse unsere klare Auffassung zur Kenntnis bringen, weil man sonst die Anhänger der Neutralitätspolitik in Oesterreich im Stich lassen würde. Der Sprechende habe sich vorgenommen, auch Herrn Stopper mitzunehmen. Oesterreich sei auch ökonomisch in einer merkwürdigen Lage. Beim Anschluss habe es 70 % seiner industriellen Betriebe an Deutschland verloren. Heute gehören diese Betriebe in Hauptsache dem Staat. Die heute noch in Frage kommenden 15 % der Unternehmen machen der Regierung die Hölle heiss, in der Meinung, dass nur die EWG für sie interessant sei. Oesterreich sei aber einer der wenigen Staaten, die noch eine autonome Wirtschaft hätten. Deshalb seien die österreichischen Löhne noch tief und es sei interessant, österreichische Firmen aufzukaufen. So betreiben diese Leute mit dem Wunsch, in die EWG einzutreten, ihren Selbstuntergang. Die Gewerkschaften dagegen treten für die Eigenstaatlichkeit ein.

Die Oesterreicher hätten sich aber nie in die Form des Kleinstaates eindenken können. Deshalb die Tendenz, die ihnen zu kleine Eigenstaatlichkeit aufzugeben.

Herr Schaffner wolle dafür sorgen, dass Herr Stopper die ökonomischen Aspekte darstellt. Im übrigen sei Herr Schaffner eher pessimistisch. Man werde sich damit abfinden müssen, dass die EFTA den Schlag eines Einzelganges Oesterreichs ertrage.

Herr Wahlen bemerkt, dass es möglich sei, dass Herr Kreisky, der die Gefahren für Oesterreich viel klarer sehe als andere, die Frage der Zusammenarbeit mit der Schweiz zur Sprache bringen werde (Etablierung schweiz. Industrien und militärische Zusammenarbeit). Dort werde man erklären müssen, dass die Zeit nicht ausreiche, um diese Probleme zu besprechen. Der Sprechende begrüsse es, wenn Herr Stopper erscheinen werde, ferner Herr Jolles und Herr Marti. Vom Politischen Departement werde er die Herren Micheli, Bindschedler und Janner mitnehmen.

Herr Spühler hält dafür, dass man sich in der Frage einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit grundsätzlich positiv einstellen sollte, wobei man gewisse Vorbehalte anbringen müsse.

Herr Schaffner bemerkt, dass wir der zweitwichtigste Markt Oesterreichs geworden seien.

Der Herr Bundespräsident bittet Herrn Tschudi, ihn noch vor dem Nachtessen über das Ergebnis der Besprechung zu orientieren.

Herr Wahlen erklärt, der Herr Bundespräsident sollte beim Dîner einen kleinen Toast ausbringen.

Hr. Spühler

Kantonale Umzüge an der EXPO im Fernsehen

Inbezug auf die Feststellung, dass man im Fernsehen immer an einem Ort, wo die Umzüge vorbeigehen, Separatistenfahnen sehe, bemerkt Herr Spühler, dies sei darauf zurückzuführen, dass die Fernsehkamera immer einen fixen Standpunkt erhalte und dass sich die Separatisten dann mit ihren Fahnen davor aufpflanzen. Dies könne man nicht verhindern.

Hr. Schaffner

Erhebungen über ausländische Arbeitskräfte und Pressecommuniqué dazu

Herr Schaffner hat das Ergebnis dieser Erhebung austeilen lassen. Es ergebe sich, dass noch nicht die Rede sein könne von einem absoluten Stopp. Er habe Auftrag gegeben, die Frage der Gesetzgebung mit den Herren des JPD zu verfolgen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt handle es sich um das Maximum, das man habe erreichen können. Heute müsse man sich noch nicht darüber äussern. Herr Schaffner bitte lediglich um Kenntnissnahme.

Herr Spühler verweist auf den letzten Satz, wonach der Augustbestand wieder höher sein werde als letztes Jahr.

Herr Schaffner bemerkt, dass jetzt von Arbeitnehmerseite, anstelle der "Arbeitszeitverkürzung" die neue Platte, "längere Ferien", aufgelegt werde.

Der Herr Bundespräsident teilt mit, dass er die Vertreter der Arbeitgeber-Organisation empfangen habe. Diese hätten ihn beschworen, noch weiter zu lockern. Die Fremdenpolizei werde in dieser Sache einen Bericht ~~bekommen~~. Der Bundesrat sollte über die Angelegenheit eine grundsätzliche Aussprache führen.

Konjunkturpolitische Aussprache mit den Kantonen

Herr Schaffner stellt fest, dass man in der Presse kein Echo gefunden habe. Einzig die Neue Zürcher Zeitung habe publiziert, was man verteilt habe. Sonst seien die Reden sehr schlecht wiedergegeben worden. Auch Herr Nationalrat Weber habe geschrieben, der Bundesrat hätte keine Auskunft über sein Programm geben wollen. Bei dieser Sachlage habe sich Herr Schaffner gedacht, man könnte doch die Reden der Bundesräte mit einem kleinen Vorwort im Handelsamtsblatt veröffentlichen und davon Separatabzüge machen lassen. Diese könnte man allen zur Verfügung stellen, die mit der Konjunkturpolitik zu tun haben.

Herr Bonvin stellt fest, dass auf internationalem Boden unsere Reden besser bekannt seien als in der Schweiz. Er begrüsse den Vorschlag von Herrn Schaffner.

Herr Tschudi erklärt sich ebenfalls einverstanden.

Der Herr Bundespräsident fragt sich, ob es keinen andern Weg gebe?

Herr Schaffner antwortet, dass wir gegenwärtig niemanden mehr hätten, der sich hinter den Bundesrat stellen wolle.

Eingabe der Vereinigung der schweiz. Tiefbauunternehmer

Herr Schaffner stellt fest, dass diese Eingabe an das EVD gerichtet sei mit einer Kopie an EDI und VED. Im Grunde genommen möchten diese Herren Herrn Tschudi ihr Leid klagen, da 90 % der Bauten die Nationalstrassen und 10 % die Energiewirtschaft betreffen. Das VED habe damit am wenigsten zu tun.

Herr Tschudi bemerkt, dass die Leute beunruhigt seien wegen der Vergabungen an Ausländer. Er erkläre sich bereit, sie zu empfangen, doch sollte noch ein Beamter des EVD und VED dabei sein.

Präsidialvorbringen

50-jähriges Jubiläum der schweiz. Gesellschaft für Unfallmedizin und Berufskrankheiten

Diese Gesellschaft hält am 9. und 10. Oktober ihren Kongress ab. Sie wünscht, dass ein Bundesrat an der Eröffnungssitzung vom 9. Oktober teilnehme und eine kurze Ansprache halte. Herr Tschudi erklärt, dass diese Gesellschaft zahlenmässig nicht sehr bedeutend sei und dass es übertrieben wäre, wenn der Herr Bundespräsident teilnehmen würde. Ein Hauptträger der Gesellschaft sei die Suval, die Gesellschaft sei aber auch über das Versicherungsamt mit den privaten Versicherungen verbunden. (

Es wird beschlossen, den Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung als Vertreter und Redner abzuordnen. (Brooklungr)

Trachtenfest in Lausanne am 29. und 30. August

Wie der Herr Bundespräsident mitteilt, habe der Obmann die Anfrage, ob er daran teilnehmen wolle, persönlich an ihn gerichtet. Am letzten Trachtenfest in Basel habe Herr Tschudi den Bundesrat vertreten.

Herr Wahlen teilt mit, dass er am Vorabend des 30. August in Lausanne sein werde. Er hätte im Sinne gehabt, am Sonntagmorgen, den 30. August, den Trachtenumzug anzuschauen.

Es wird beschlossen, Herrn Wahlen zu delegieren, als Teilnehmer an der Veranstaltung vom Sonntag.

Der Herr Bundespräsident übernimmt es, diesen Beschluss Herrn Staatsschreiber Binz persönlich mitzuteilen.

Eingabe aus Viznau gegen die Erteilung der Konzession an die Seilbahn Weggis - Kaltbad

Das VED habe der BK den Entwurf für ein Antwortschreiben unterbreitet. Der Herr Bundespräsident gibt Kenntnis vom Inhalt und der Rat ist damit einverstanden, dass die BK dieses Schreiben abschickt.

Eingabe P. Helfenstein, Molkerei und Trinkeierfarm, Frauenfeld

Herr Schaffner stellt fest, dass es sich hier um einen grossen Querulanten handelt. dessen Eingabe man nicht beantworten sollte.

Abstimmungsdatum für die Konjunkturbeschlüsse

Der Rat ist der Auffassung, dass eine Abstimmung erst anfangs des nächsten Jahres in Frage kommen könne. Dieser Beschluss könne heute der Presse mitgeteilt werden.

Bundesratssitzungen

Es wird beschlossen, noch je eine Sitzung am 14. und 17. Juli abzuhalten. Die erste Sitzung nach den Ferien soll am 11. August stattfinden.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 49. Sitzung vom 3. Juli wird mit Aenderungen bei den Geschäften "Strassentunnel durch den Gotthard" und "Nationalbankgesetz" genehmigt.

* * *